

01 - Büro der Oberbürgermeisterin
Frau Bode

Datum:
18.04.2023

Antrag

Beschließendes Gremium:
Rat der Hansestadt Lüneburg

Antrag "Umbenennung der Hindenburgstraße" (Antrag der Gruppe Die Partei/Die Linke, der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD vom 18.04.2023, eingegangen am 18.04.2023)

Beratungsfolge:

Öffentl. Status	Sitzungsdatum	Gremium
N	30.05.2023	Verwaltungsausschuss
Ö	01.06.2023	Rat der Hansestadt Lüneburg

Sachverhalt:

s. Antrag „Umbenennung der Hindenburgstraße“ (Antrag der Gruppe Die Partei/Die Linke, der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD vom 18.04.2023, eingegangen am 18.04.2023)

Beschlussvorschlag:

s. Antrag „Umbenennung der Hindenburgstraße“ (Antrag der Gruppe Die Partei/Die Linke, der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD vom 18.04.2023, eingegangen am 18.04.2023)

Anlagen:

Antrag „Umbenennung der Hindenburgstraße“ (Antrag der Gruppe Die Partei/Die Linke, der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD vom 18.04.2023, eingegangen am 18.04.2023)

Beteiligte Bereiche / Fachbereiche:

Frau Oberbürgermeisterin
Claudia Kalisch
Rathaus
21335 Lüneburg

DIE LINKE.
Kreisverband Lüneburg



Lüneburg, 18.04.2023

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Gruppe „Die PARTEI/DIE LINKE“, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die SPD-Fraktion stellen im Rat der Hansestadt Lüneburg folgenden Antrag zur Ratssitzung am 01.06.2023:

Antrag zur Umbenennung der Hindenburgstraße

Der Stadtrat beschließt:

1. Die Hindenburgstraße umzubenennen.
2. Der neue Name ist Sonja-Barthel-Straße.
3. Es wird eine Informationstafel in der Hindenburgstraße aufgestellt, die die Namensentwicklung der Straße darstellt. Diese Informationstafel wird von der Verwaltung mit Hilfe des Arbeitskreises Erinnerungskultur erarbeitet.

Begründung:

Straßennamen sind Medien der Erinnerungspolitik. Sie sind Ausdruck der jeweils herrschenden Auffassungen von Geschichte und stellen selektive, sich an der jeweiligen Gegenwart anlehrende Bezüge her. Straßennamen orientieren Menschen im urbanen Raum, sie symbolisieren und signalisieren Ein- und Ausschlüsse von Geschichten und daran beteiligten Personen. Welche Perspektive auf den Nationalsozialismus wollen wir heute in Lüneburg über Straßennamen vermitteln? Behielte die Hindenburgstraße ihren Namen, kann dies als ein Zeichen für die Langlebigkeit antidemokratischer und rassistischer Diskurse sowie die mangelnde Aufarbeitung in der deutschen Geschichtspolitik und Erinnerungskultur gedeutet werden. Straßennamen beinhalten die Möglichkeit, Spuren von Gewaltgeschichten im Stadtbild sichtbar zu machen. Während die Beibehaltung des Namens einer Fortschreibung der Unrechtsgeschichte gleichkommt, setzt die Umbenennung ein Zeichen für Demokratie und globale Gerechtigkeit.

Wir schließen mit diesem Antrag an die vielfache gesellschaftlich und politisch geführte Diskussion an. Seit zuletzt der Antrag auf Umbenennung eingebracht wurde, ist der Diskurs um Erinnerungskultur in unserer Stadt wesentlich vorangeschritten.

Auch andere Städte wie Trier, Hannover, Hamburg oder Darmstadt sind diesen Weg bereits gegangen. Dabei wurde jüngst in Hannover die Klage von Anwohner:innen gegen die Umbenennung der Hindenburgstraße vom Oberverwaltungsgericht Lüneburg abgewiesen.

Die Bedeutung Hindenburgs:

Die historische Bedeutung Paul von Hindenburg ist mittlerweile hinreichend erforscht. Er spielte eine zentrale Rolle bei der Auflösung und Zerstörung der Weimarer Republik. Hindenburg lehnte als überzeugter Monarchist ein demokratisches Deutschland ab und ernannte am 30. Januar 1933 Adolf Hitler zum Reichskanzler, trotz alternativer Mehrheiten. Noch bis zu seinem Tod 1934 unterstützte er als Präsident Adolf Hitler öffentlich.

Eine Würdigung Hindenburgs durch die Benennung von öffentlichem Raum ist nach dem aktuellen Stand der Geschichtswissenschaft kritisch zu bewerten.

Die heutige Hindenburgstraße hieß seit 1884 Gartenstraße, wurde 1933 in Hindenburgstraße umbenannt und nach dem Krieg wieder in Gartenstraße rück benannt. Erst auf Antrag des *Bundes der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE)* wurde die Gartenstraße 1952 wieder in Hindenburgstraße umbenannt.

Warum Sonja-Barthel-Straße?

Sonja Barthel wurde 1917 in Berlin geboren und ist am 10.05.2022 in Lüneburg gestorben.

Als Tochter einer Jüdin musste Sonja Barthel mit 16 Jahren die Schule verlassen. Sie überstand die Nazi-Diktatur, erlebte jedoch die Schrecken der nationalsozialistischen Diktatur in ihrer Familie, denn ihre Schwester und Großmutter mussten in ein Konzentrationslager. Sie selber wurde nicht inhaftiert, weil Nazigegner und Antifaschisten ihr halfen.

Unter dem Eindruck der Kriegs- und Diktaturerfahrung wurde Sonja Barthel nach dem Krieg Mitglied der VVN, Vereinigung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten. In Lüneburg initiierte Sonja Barthel die Gründung der Geschichtswerkstatt, sie war Mitglied der GEW (Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft) und von 1964 – 1975 Mitglied im Stadtrat (für die SPD). Hier engagierte sie sich im Schulausschuss, im Kulturausschuss sowie im Jugendwohlfahrtsausschuss.

Zeitlebens – bis ins hohe Alter – setzte sich Sonja Barthel für Frieden und Menschlichkeit und gegen Nationalsozialismus, Rassismus und Antisemitismus ein. So stellte sie sich z. B. in den 1990-er Jahren einem Aufmarsch der NPD entgegen und erhob immer wieder öffentlich ihre Stimme gegen Neonazismus und Rechtsextremismus.

Es war ihr besonders wichtig, jungen Menschen über die Nazidiktatur aufzuklären und vor den Gefahren des Rechtsextremismus zu warnen. Ihre Überzeugung war: „Faschismus, Rassismus und Antisemitismus sind keine Meinung, der eine Freiheit zugestanden werden darf.“ Dafür trat sie ein.

Aufgrund ihrer Haltung hat Sonja Barthel eine Vorbildfunktion für die aktuelle und für nachfolgende Generationen. Wir halten sie für würdig, mit einem Straßennamen geehrt zu werden. Mit der Umbenennung der „Hindenburgstraße“ in „Sonja-Barthel-Straße“ wollen wir in Sachen Erinnerungskultur ein deutliches Zeichen setzen. Auch würde die Umbenennung die Sichtbarkeit von Frauennamen in der Öffentlichkeit steigern.

Die Hindenburgstraße ist eine präzente und wichtige Straße in Lüneburg. Im Sinne einer progressiven Erinnerungskultur sollte diese Straße einen Namen erhalten, der für eine offene Gesellschaft steht. Obwohl Sonja Barthel vor weniger als 5 Jahren gestorben ist, halten wir es für angemessen, die Hindenburgstraße nach ihr zu benennen, da ihr antifaschistischer Widerstand und ihr besonderes gesellschaftliches Engagement in Lüneburg der Bedeutung der Straße entspricht.

Die weitere Begründung erfolgt in der Sitzung.

Mit freundlichen Grüßen

Vivienne Widawski

Andrea Kabasci

Andrea Schröder-Ehlers

Frau Oberbürgermeisterin
Claudia Kalisch
Rathaus
21335 Lüneburg

Lüneburg, den 20. Apr. 2023

Anwohnerbefragung vor Umbenennung der Hindenburgstrasse evtl. Umbenennung in Wilm-Hosenfeld-Strasse

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

zum Antrag "Umbenennung der Hindenburgstrasse" stellt die FDP-Fraktion den folgenden Änderungsantrag:

Der Rat der Hansestadt Lüneburg möge beschließen:

1. Vor einer Entscheidung zur Umbenennung der Hindenburgstrasse wird eine schriftliche Befragung der Anwohnerinnen und Anwohner der Hindenburgstrasse sowie der Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer durchgeführt, ob sie mit einer Umbenennung einverstanden sind.
2. Vor der Entscheidung des Rates soll es wenigstens eine wissenschaftlich begleitete Informationsveranstaltung zur Biographie Paul von Hindenburgs geben, auf der sich die Mitglieder der Lüneburger Stadtgesellschaft über seine historische Rolle informieren können.
3. Wenn der Rat der Hansestadt Lüneburg beschließt, diese Strasse umzubenennen, dann soll sie in Wilm-Hosenfeld-Strasse umbenannt werden.
4. Wenn eine Umbenennung erfolgt, wird eine Informationstafel in der Straße aufgestellt, die die Namensentwicklung der Straße darstellt. Diese Informationstafel wird von der Verwaltung mit Hilfe des Arbeitskreises Erinnerungskultur erarbeitet.

Begründung:

Bürgerbeteiligung ist immer dann in aller Munde, wenn es um Wahlkampf oder das Durchsetzen von Interessen geht.

Wir finden, dass Bürgerinnen und Bürger auch dann zu beteiligen sind, wenn gravierende Änderungen in ihrem direkten Wohnumfeld vorgenommen werden sollen. Und die Umbenennung der Strasse, an der man wohnt, halten wir für solch eine gravierende Änderung.

Die Mitglieder des Rates der Hansestadt Lüneburg können natürlich unabhängig von der Meinung der Anwohnerinnen und Anwohner und der Grundstückseigentümerinnen und

-eigentümer entscheiden, gegebenenfalls sich über diese Meinung hinwegsetzen.

Nicht nur direkte Anwohnerinnen und Anwohner sind von der möglichen Umbenennung betroffen. Es ist eine Änderung, die alle Mitglieder der Lüneburger Stadtgesellschaft betrifft. Eine Entscheidung "aus dem Bauch heraus" bzw. "politisch motiviert" wird keine Akzeptanz finden. Daher schlagen wir eine wissenschaftlich begleitete Informationsveranstaltung vor, auf der die neuesten Entwicklung in der Hindenburg-Forschung vorgestellt werden. Eine Entwicklung wie in Münster bei der Umbenennung des Hindenburgplatzes in Schlossplatz wollen wir damit umgehen.

Wenn der Rat der Hansestadt Lüneburg mit Mehrheit für eine Umbenennung stimmt, schlagen wir den Namen "Wilm-Hosenfeld-Strasse" vor.

Als Preis der Erinnerungskultur vergeben die Museumsstiftung Lüneburg gemeinsam mit der Hansestadt Lüneburg und der Universitätsgesellschaft Lüneburg den Hosenfeld-Szpilman-Preis. "Ausgezeichnet werden wissenschaftliche, künstlerische und pädagogische Arbeiten, die sich der Untersuchung ethischer Rettungs- und Widerstandshandelns in der NS-Zeit, aber auch Projekten der Zivilcourage im deutsch-polnischen Kontext widmen."

Wilm Hosenfeld ist einer der Namensgeber für diesen Preis.

Seine Biographie findet sich z.B. unter folgendem Link:

<https://www.yadvashem.org/de/righteous/stories/hosenfeld.html>

Auszüge:

"In seinen Aufzeichnungen betonte Hosenfeld seine wachsende Empörung gegenüber der Unterdrückung der Polen durch das Regime, der Verfolgung des polnischen Klerus, der Misshandlung der Juden und, mit Beginn der „Endlösung“, sein Grauen vor der Vernichtung des jüdischen Volkes. 1943, nachdem er die Niederschlagung des Warschauer Ghettoaufstands miterlebt hatte, schrieb er in sein Tagebuch: „Diese Tiere. Mit diesem entsetzlichen Judenmassenmord haben wir den Krieg verloren, eine unaustilgbare Schande, einen unauslöschlichen Fluch haben wir auf uns gebracht. Wir verdienen keine Gnade, wir sind alle mitschuldig. Ich schäme mich, in der Stadt herumzulaufen.“

Hosenfeld brachte seine tiefe Abscheu nicht nur in Worten zum Ausdruck sondern leistete den Opfern aktiv Hilfe. Leon Warm floh 1942 während der Deportationen aus Warschau aus einem Zug nach Treblinka. Er schaffte es, in die Stadt zurückzukehren, und mit Hilfe Hosenfelds, der ihn im Sportstadion anstellte und mit falschen Papieren ausstattete, gelang es Warm, zu überleben. Hosenfelds Hilfe für einen anderen Juden wurde durch den Film „Der Pianist“ berühmt, der auf der Lebensgeschichte Władysław Szpilmans basiert. Nachdem seine ganze Familie ermordet worden war, glückte es Szpilman, das Ghetto zu verlassen und mit Hilfe polnischer Freunde (Janina Godlewska, Andrzej Bogucki und Czeslaw Lewicki wurden 1978 als „Gerechte unter den Völkern“ geehrt) auf der „arischen“ Seite zu überleben. Nach dem Warschauer Aufstand im Sommer 1944 wurde die polnische Bevölkerung aus der Stadt ausgewiesen, und Szpilman blieb allein zurück, versteckt in den Ruinen der zerstörten Stadt, hungrig, frierend, verängstigt und ohne jegliche Hilfe. Hier fand ihn Hosenfeld Mitte November 1944 und half ihm, die kritischen Monate vor der Befreiung zu überleben.

Im Januar 1945 wurde Hosenfeld von den Sowjets gefangengenommen. Fünf Jahre später, am 7. Mai 1950, verurteilte ihn ein Militärtribunal zu 25 Jahren Gefängnis. Der Prozess, so heißt es in dem eine Seite langen Urteil, wurde ohne Verteidigung geführt. Im Urteilsspruch wurde behauptet, Hosenfeld habe persönlich während des Warschauer Aufstands Festgenommene verhört und sie in Gefangenschaft geschickt, womit er den Faschismus in seinem Kampf gegen die Sowjetunion gestärkt habe.

Sechs Monate nach dem Prozess, im November 1950, kam Leon Warm nach Thalau, um Hosenfelds Frau zu besuchen. Ein polnischer Priester, der Hosenfeld in einem Kriegsgefangenenlager kennengelernt hatte, hatte Warm aufgesucht, um ihm vom Los seines Retters zu erzählen. Warm, der im Begriff war, aus Europa auszuwandern, schrieb auch einen

Brief an Szpilman in Warschau. Es scheint unwahrscheinlich, dass die beiden Überlebenden, die ihre Familien verloren hatten, etwas hätten erreichen können, während sie, wie andere auch, hart arbeiteten, um die Scherben der Vergangenheit aufzulesen und zu versuchen, ein neues Leben aufzubauen in einer Welt, die wenig Interesse an der jüdischen Tragödie hatte. Hosenfeld starb 1952 in einem sowjetischen Gefängnis.

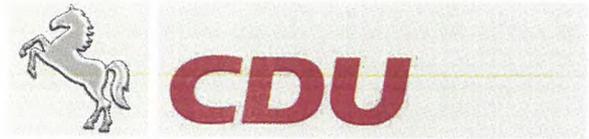
1998 stellte Szpilman bei Yad Vashem den Antrag, seinen Retter würdigen zu lassen. Zu dieser Zeit war Leon Warm bereits gestorben, aber sein Brief an Szpilman existierte noch, und seine Schwester schrieb aus Australien an Yad Vashem, um die Rettung ihres Bruders zu bestätigen. Bevor die „Kommission zur Ermittlung der Gerechten“ den Titel verleihen konnte, musste sichergestellt werden, dass Hosenfeld nicht an Kriegsverbrechen beteiligt war. Sobald seine Tagebücher und Briefe veröffentlicht worden waren, wurde der Fall der Kommission vorgelegt. Auch die Polnische Kommission zur Untersuchung von Nazi-Verbrechen bestätigte gegenüber Yad Vashem, dass sein Verhalten untadelig gewesen sei.

Am 25. November 2008 wurde Wilhelm Hosenfeld durch Yad Vashem als „Gerechter unter den Völkern“ anerkannt.

Für die Fraktion



Frank Soldan



Oberbürgermeisterin der Stadt Lüneburg
- Rathaus -
Am Ochsenmarkt
21335 Lüneburg

Stadtratsfraktion Lüneburg

Lüneburg, den 25.04.2023

Änderungsantrag zur Ratssitzung am 01.06.2023 zum Antrag zur „Umbenennung der Hindenburgstraße“

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

zum Antrag „Umbenennung der Hindenburgstraße“ stellt die CDU-Fraktion folgenden Antrag:

Der Rat der Hansestadt möge beschließen:

- Der Antrag auf Umbenennung wird bis auf Weiteres zurückgestellt.
 - o Eine Umbenennung von Straßen sollte grundsätzlich vermieden werden.
- Die betroffenen Anwohner und Anlieger sind zu befragen, ein Meinungsbild ist einzuholen.
- Die genauen Kosten für eine Umbenennung dieser Straße mitsamt den Kosten der Erstattung für die Erstattung und Auslagen der anliegenden und anwohnenden Bürger sind zu ermitteln und die Deckung aus dem Haushalt ist hierfür aufzuzeigen. Wieviel Anwohner, Anlieger, Haushalte und Häuser sind von der Umbenennung betroffen.

Mit freundlichen Grüßen

Wolfgang Goralczyk, Fraktionsvorsitzender

CDU-Fraktion im Rat der Hansestadt Lüneburg

01 R

über

a) Fachbereichsleitung 4 Frau Kibscholl

b) Dezernent V Herr Forster

**Gemeinsamer Antrag der Gruppe DIE Partei/DIE LINKE, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der SPD-Fraktion vom 18.04.2023 zur Umbenennung der Hindenburgstraße inkl. des Änderungsantrags der FDP-Fraktion vom 20.04.2023 und des Änderungsantrags der CDU-Fraktion vom 25.04.2023;
Sitzung des Rates am 01.06.2023**

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Rat der Hansestadt Lüneburg hatte kürzlich in seiner Sitzung am 23.03.2023 die „Richtlinie zur Benennung von Verkehrsflächen im Stadtgebiet der Hansestadt Lüneburg“ beschlossen. Diese ist am 17.04.2023 öffentlich bekannt gemacht worden und in Kraft getreten.

Zur Vorbereitung einer strukturierten, inhaltlichen Auseinandersetzung mit den seither gestellten (Änderungs-)Anträgen, die sich mit der Umbenennung der Hindenburgstraße beschäftigen, hat die Verwaltung dem Kultur- und Partnerschaftsausschuss in seiner Sitzung am 23.05.2023 bereits einen Vorschlag zum zukünftigen, einheitlichen Ablauf des Verfahrens potentieller Umbenennungen von Verkehrsflächen vorgestellt. Hierin sind auch die einzelnen Schritte des Beteiligungsprozesses der betroffenen Akteur:innen festgehalten worden (Anwohner:innen ab vollendetem 15. Lebensjahr, betroffene gemeinnützige Vereine und sonstige juristische Personen sowie die anlassbezogene Beteiligung weiterer Personen nach § 4 Abs. 5 der Richtlinie). Dieser Vorschlag wurde aufgrund der Rückfragen des Ausschusses nochmals präzisiert und ist dieser Stellungnahme als Anlage beigefügt.

Gemäß § 6 Abs. 3 Nr. 1 der Richtlinie erfolgt für eine potentielle Umbenennung der Hindenburgstraße eine Vorberatung im zuständigen Fachausschuss (Ausschuss für Kultur und Partnerschaften).

Die Verwaltung empfiehlt dem Rat der Hansestadt Lüneburg daher, die Anträge zur weiteren inhaltlichen Beratung in den Ausschuss für Kultur- und Partnerschaften zu verweisen.

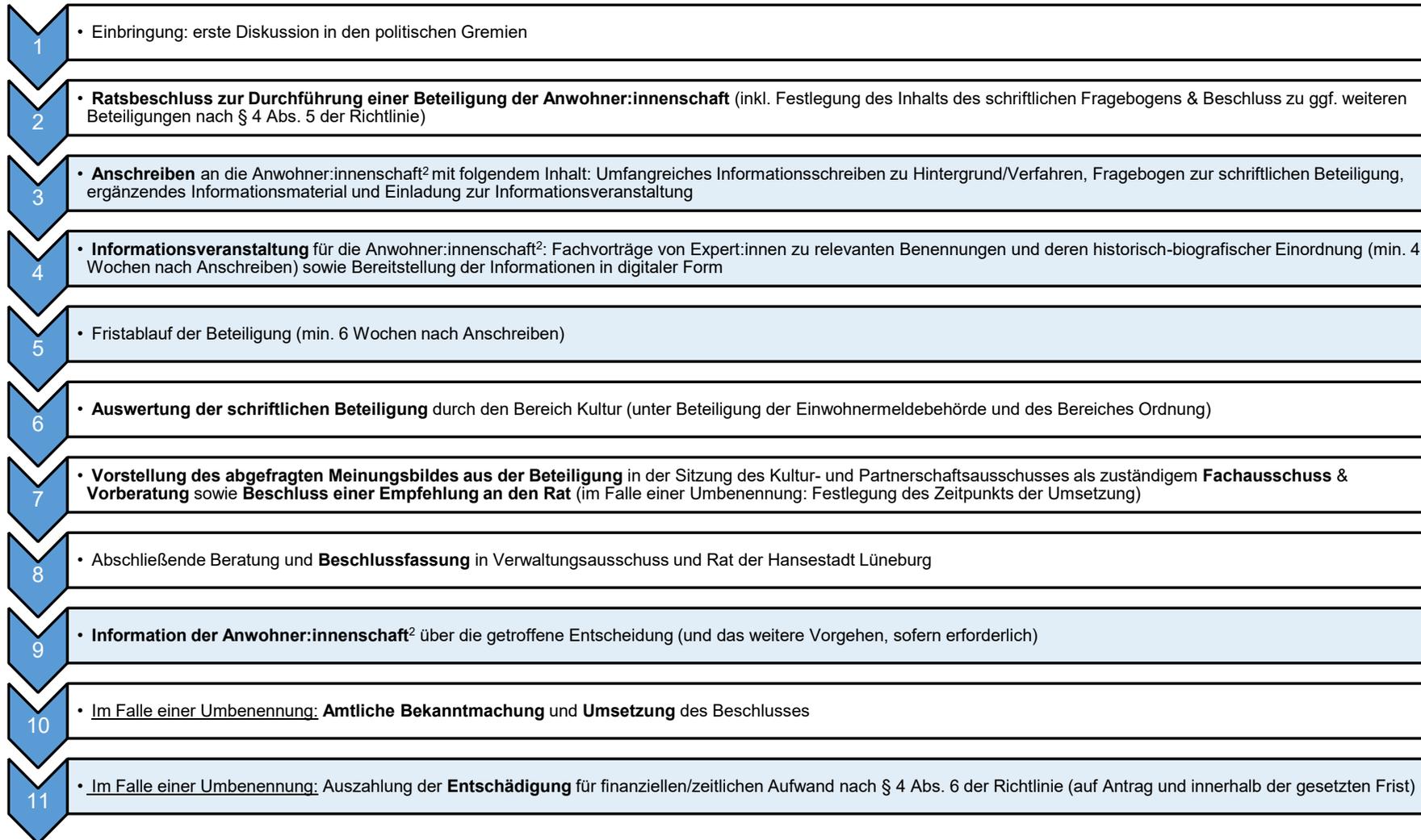
Kosten für die Erarbeitung der Stellungnahme

349 Euro

im Original gez. Beer-Kullin

Anlage: Vorschlag Verfahrensablauf mit Beteiligungsprozess, Stand 24.05.2023

**Beteiligung der Anwohner:innen¹ sowie betroffener gemeinnütziger Vereine und sonst. jur. Personen (nachfolgend kurz: Anwohner:innenschaft) im Rahmen des Verfahrens zur potentiellen Umbenennung von Verkehrsflächen (nachfolgend kurz: Umbenennung);
Vorschlag zum zeitlichen Ablauf des Verfahrens**



¹ (bei Privatpersonen: alle Personen ab Vollendung des 15. Lebensjahres)

² sowie weitere Beteiligungen nach § 4 Abs. 5 der Richtlinie, sofern diese durch den Rat beschlossen wurde

Frau Oberbürgermeisterin
Claudia Kalisch
Rathaus
21335 Lüneburg

Lüneburg, den 23. Mai 2023

Mehr Bürgerbeteiligung, mehr Transparenz: Anwohnerbefragung vor Umbenennung der Hindenburgstrasse und deren Beteiligung bei einer neuen Namensfindung

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

zum Antrag "Umbenennung der Hindenburgstrasse" stellt die FDP-Fraktion den folgenden Änderungsantrag:

Der Rat der Hansestadt Lüneburg möge beschließen:

1. Vor einer Entscheidung zur Umbenennung der Hindenburgstrasse wird eine schriftliche Befragung der Anwohnerinnen und Anwohner der Hindenburgstrasse sowie der Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer entsprechend § 4 Abs. 4 Richtlinie zur Benennung von Verkehrsflächen im Stadtgebiet der Hansestadt Lüneburg durchgeführt, ob sie mit einer Umbenennung einverstanden sind. Diese Befragung soll als JA/NEIN-Frage formuliert sein.
2. Bei der Befragung sollen die Anwohnerinnen und Anwohner sowie die Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer die Möglichkeit haben, eine der vier folgenden Namen anzukreuzen: a) Wilm-Hosenfeld-Strasse, b) Hosenfeld-Szpilman-Strasse, c) Sonja-Barthel-Strasse d) Gartenstrasse.
3. Vor der Befragung soll es durch die Verwaltung organisiert wenigstens eine wissenschaftlich begleitete Informationsveranstaltung zu Paul von Hindenburg, Wilm Hosenfeld und Władysław Szpilman sowie Sonja Barthel geben, auf der sich die Mitglieder der Lüneburger Stadtgesellschaft umfassend über diese Personen informieren können.
4. Wenn eine Umbenennung erfolgt, wird eine Informationstafel in der Straße aufgestellt, die die Namensentwicklung der Straße darstellt. Diese Informationstafel wird von der Verwaltung mit Hilfe des Arbeitskreises Erinnerungskultur erarbeitet.

Begründung:

Bürgerbeteiligung ist immer dann in aller Munde, wenn es um Wahlkampf oder das Durchsetzen von Interessen geht.

Frank Soldan
Vorsitzender der
FDP-Fraktion im Rat
der Hansestadt Lüneburg
Tel.: 0172 4304242

frank.soldan@fdp-lueneburg.de



Wir finden, dass Bürgerinnen und Bürger auch dann zu beteiligen sind, wenn gravierende Änderungen in ihrem direkten Wohnumfeld vorgenommen werden sollen. Und die Umbenennung der Strasse, an der man wohnt, halten wir für solch eine gravierende Änderung. Wir möchten ihnen auch ein Mitspracherecht bei der Wahl des neuen Namens einräumen, sofern sie für eine Umbenennung stimmen.

Nicht nur direkte Anwohnerinnen und Anwohner sind von der möglichen Umbenennung betroffen. Es ist eine Änderung, die alle Mitglieder der Lüneburger Stadtgesellschaft betrifft. Eine Entscheidung "aus dem Bauch heraus" bzw. "politisch motiviert" wird keine Akzeptanz finden. Daher schlagen wir eine wissenschaftlich begleitete Informationsveranstaltung vor, auf der die neuesten Entwicklung in der Hindenburg-Forschung vorgestellt werden. Eine Entwicklung wie in Münster bei der Umbenennung des Hindenburgplatzes in Schlossplatz wollen wir damit umgehen.

Ferner müssen sich die Lüneburgerinnen und Lüneburger über die Personen, deren Namen die Strasse nach einer Umbenennung tragen soll, umfassend und neutral informieren können.

Für die Fraktion

Frank Soldan